

EINBLICKE

CDU-FRAKTION IM STADTRAT DRESDEN

WWW.DRESDEN-CDU.DE



Wir müssen beim Wohnungsbau jetzt umdenken!

Stadtrat Ingo Flemming wirbt für einen Kurswechsel in der Wohnbaupolitik

VON STADTRAT INGO FLEMMING



Nach Auskunft der Stadtverwaltung standen in Dresden, Stand 2017, 19.000 Wohnungen leer, Tendenz eindeutig fallend. 19.000 leerstehende Wohnungen in Dresden – das klingt auf den ersten Blick viel. Jedoch muss man einschränken: Die Statistik erfasst auch Wohnraum, der de facto nicht zur Verfügung steht – etwa in baufälligen Abrisshäusern oder in Objekten mit ungeklärten Eigentumsverhältnissen. Die Stadtverwaltung geht davon aus, dass der „brauchbare“, unmittelbar vermietbare Leerstand bei inzwischen unter 2 % liegt. Diese Zahl bewegt sich nach Einschätzung von Fachleuten aus

der Immobilienbranche an der kritischen Grenze zum Wohnungsmangel. Ich teile diese Einschätzung.

Die Wirksamkeit der rot-rot-grünen Wohnbaupolitik sehe ich deshalb mehr als skeptisch. Die Kommunale Wohnungsbaugesellschaft ist der vor uns liegenden Herausforderung nicht gewachsen. Seit Jahren macht RRG den Bürgern falsche Versprechungen. Doch schon jetzt ist klar, dass vor Ende 2019 keine einzige Wohnung fertiggestellt wird. Die linke Stadtratsmehrheit hat viel Zeit verthan. Dresden braucht daher dringend eine neue wirkungsvolle Wohnbaustrategie, die allen Teilen der Bevölkerung zu Gute kommt und nicht nur für eine vergleichsweise kleine Bedarfsgruppen mit Wohnberechtigungsschein. Der soziale Wohnungsbau allein kann den gro-

ßen Bedarf, den wir in der Breite haben, nicht decken.

Zwar können wir die verfehlte rot-rot-grüne Wohnbaupolitik der vergangenen Jahre nicht rückgängig machen. Es ist jedoch nicht zu spät zum Umsteuern: Was Dresden dringend braucht, sind belastbare und wirksame Antworten auf die Herausforderungen eines an sich erfreulichen Bevölkerungswachstums. Dazu gehören zum Beispiel die Unterstützung privater Bauherren, die Förderung der Wohnungsgenossenschaften, Grundstücke für Bauherrengemeinschaften sowie für den Einfamilienhausbau und etliches mehr.

➤ Ingo Flemming, wohnungspolit. Sprecher
flemming@dresden-cdu.de

Keine Wohnbauphantasien auf Kosten der Bürger!

CDU lehnt WID-Hochhausbau auf der Florian-Geyer-Straße ab

VON STADTRAT
DR. HANS-JOACHIM BRAUNS



Ich hatte kürzlich im Rahmen eines Treffens mit der Mieterinitiative die Gelegenheit, mir persönlich ein Bild von der Situation vor Ort zu machen. Die seitens der Initiative vorgebrachten Bedenken gegen das Vorhaben der WID, einen 16-Geschosser auf dem Areal der ehemaligen KITA an der Florian-Geyer-Straße zu errichten, teile ich ausdrücklich. In städtebaulicher Hinsicht wird ein viertes Hochhaus zu einer erheblichen Verdichtung des Stadtraumes führen mit allen negativen Konsequenzen für Verkehr, Klima, sozialer Struktur

und für das gesamte Stadtbild Dresdens. Noch vor Jahren diskutierte die Stadtpolitik aus guten Gründen den Abriss der drei bestehenden Hochhäuser. Mir ist vor diesem Hintergrund völlig unverständlich, warum die WID im 21. Jahrhundert die Sünden des sozialistischen Wohnungsbaus der 70er Jahre wiederholt. Ich unterstütze die Petition der Mieterinitiative ausdrücklich. **Die Dresdner dürfen die ideologisch motivierten Wohnbauphantasien von Rot-Rot-Grün nicht ohne Weiteres hinnehmen!**

Für mich stehen den Plänen der WID in ihrer vorliegenden Form eine ganze Reihe von Gründen entgegen. Ich bin der festen Überzeugung, dass ein weiteres Hochhaus ausschließlich mit Sozialwohnungen auf der ohnehin schon stark verdichteten

Florian-Geyer-Straße den sozialpolitischen Zielen unserer Stadt zuwider läuft: Wir brauchen eine Durchmischung, keine Segregation verschiedener sozialer Schichten! Die rein wirtschaftlichen Überlegungen, die der WID-Geschäftsführer Steffen Jäckel öffentlich für das Vorhaben ins Feld führt, sind gegenüber den vielfältigen Anliegen des Städtebaus und gegenüber den berechtigten Interessen der dort lebenden Anwohner abzuwägen. Sozialer Wohnungsbau muss sich in die umgebende bauliche Struktur einfügen und darf nicht zu Lasten der Lebens- und Wohnqualität der Mieter gehen.

Ich kann nur davor warnen, die Pläne der WID gegen den Willen der Bürger und gegen jede stadtplanerischer Vernunft durchzuziehen. Wir haben gegenwärtig bereits eine hohe Anzahl von Sozialwohnungen im Quartier. Wächst deren Anteil weiter, sehe ich das soziale Gleichgewicht in der Johannstadt gefährdet. Die Erfahrung zeigt leider, dass damit negative Konsequenzen für Ordnung, Sicherheit und Lebensqualität verbunden sein können. **Einer solchen Entwicklung werde ich mich im Interesse der Anwohner entschieden entgegenstellen.**

Dr. Hans-Joachim Brauns, Sprecher
Allg. Verwaltung, Ordnung und Sicherheit
brauns@dresden-cdu.de



Nachhaltige Lösungen mit Augenmaß – kein Aktionismus

CDU-Baupolitiker bezieht Position zu den jüngsten Vorschlägen des ADFC

VON STADTRAT GUNTER THIELE



Nach dem tragischen Unfall, der sich am 13. August auf der St. Petersburger Straße ereignete, sehe auch ich Bedarf für eine Ver-

besserung der Verkehrssicherheit von Fahrradfahrern auf der St. Petersburger Straße. Daher stehe ich der Überlegung des ADFC – d.h. einer Trennung der Radspur vom Autoverkehr – nicht kategorisch ablehnend gegenüber. Mir ist jedoch wichtig, dass sich eine womöglich sogar bauliche Veränderung der

Verkehrssituation auf dieser wichtigen Nord-Süd-Verbindung nicht nachteilig auf den ruhenden Verkehr auswirkt. Den Wegfall der Parkflächen lehne ich ab. Gerade mit Blick auf die zukünftige Entwicklung des Stadtquartiers und einer ganzen Reihe von großen Bauvorhaben können wir auf diese Parkplätze nicht



verzichten. Ich denke an das neue Verwaltungszentrum Ferdinandplatz oder an geplante Neubauten in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofes im Zuge der Nachverdichtung.

Wir brauchen eine Lösung, die die Interessen und die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer berücksichtigt und einer nachhaltigen Stadt- und Verkehrsentwicklung entspricht. Aktionistische Forderungen aus der Schublade werden der Komplexität der verkehrlichen Beziehungen im Dresdner Stadtzentrum nicht gerecht. Eine Trennung von Rad- und Autoverkehr ist nach meiner Auffassung sinnvoll nur zwischen den Straßenbahngleisen und dem Parkstreifen möglich. Jedoch müssen wir hier genau prüfen, ob die Aufmerksamkeit und das Verkehrsverhalten von Beifahrern die Sicherheit von Fahrradfahrern wirklich erhöht.

Auch den Vorschlag des ADFC, das Terrassenufer während der Sommermonate in eine Flaniermeile zu verwandeln, sehe ich kritisch. Gewiss hat ein autofreies Terrassenufer seinen Charme. Der Vorschlag des ADFC unterschätzt jedoch vollkommen die verkehrliche Bedeutung dieser überaus wichtigen Ost-West-Verbindung. Wir haben in den vergangenen Sommerwochen immer wieder erleben müssen, dass die Sperrung dieser Straße – etwa zum Stadtfest – stets ein erhebliches Verkehrschaos in der gesamten Dresdner Innenstadt ausgelöst hat. **Für einen geordneten Verkehrsfluss ist und bleibt das Terrassenufer unverzichtbar. Es handelt sich nicht um eine Spielstraße, sondern um eine der wichtigsten innerstädtischen Trassen.**

☒ Gunter Thiele,
Bau- und verkehrspolitischer Sprecher
thiele@dresden-cdu.de

Veranstaltungsankündigung

Gesundheit und Pflege: Herausforderungen für die Zukunft

6. November 2018 | 19:00 Uhr
Rathaus Pieschen | Bürgerstraße 63, 01127 Dresden

Bürgerversammlung und Diskussion
mit Sozialministerin Barbara Klepsch, Stadträtin Astrid Ihle
und Stadtrat Veit Böhm

Die Sicherstellung der medizinischen und pflegerischen Versorgung gehört zu den großen Herausforderungen unserer Gesellschaft. Über die vielfältigen Aspekte dieses Themas möchten wir mit Ihnen ins Gespräch kommen. Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!



KURZ & KNAPP

Bürgergespräch zur Sanierung der Loschwitzer und Blasewitzer Straße

Stadtrat Steffen Kaden berichtet von einem inhaltlich anregenden, intensiven und ehrlichen Bürgerdialog zu einem für den Dresdner Osten sehr aktuellen Thema.

„Jeden Tag ärgern sich viele Dresdner über den desolaten Zustand der Blasewitzer und Loschwitzer Straße. Immerhin nutzen täglich 9.000 bis 12.000 Autofahrer die beiden Straßenzüge im Dresdner Osten. Ich mache mich seit geraumer Zeit dafür stark, dass die Stadtverwaltung die dringend notwendige Sanierung angeht. Bei einem Bürgergespräch, zum dem ich als Stadtrat für Blasewitz und Striesen eingeladen hatte, zeigte die große Resonanz, wie sehr das Thema vielen Bürgerinnen und Bürgern unter den Nägeln brennt.“

Stefan Szuggat, Leiter des Stadtplanungsamtes, informierte zunächst über die aktuellen Planungen. Die Botschaft war klar: Die Stadt hat das Sanierungsvorhaben angepackt und erste Vorplanungen entwickelt. Im Anschluss nutzten viele Bürger die Möglichkeit, Fragen zu stellen und ihre Bedenken einzubringen. Hinsichtlich des frühen Planungstandes war der Zeitpunkt genau der richtige. Unter anderem sehen insbesondere die Gewerbetreibenden vor Ort, angesichts der bereits jetzt begrenzten Parkplatzkapazitäten, die Gestaltungspläne der Stadt kritisch. Hier müssen wir für die auftretenden Interessenkonflikte gute Lösungen finden.

Ich werde diese Anregungen in die politischen Gremien hineinragen. Das Fazit des Abends fällt aus meiner Sicht sehr positiv aus: Es zeigt sich, dass es den Planungsprozess bereichert und sich vorteilhaft auf die Akzeptanz von Bauvorhaben auswirkt, wenn man frühzeitig mit den Betroffenen vor Ort ins Gespräch kommt. Sicher war dieser Abend nicht nur für mich, sondern auch für viele der Teilnehmenden eine Bereicherung.

Keine Beteiligung an Abrisskosten für Garagenbesitzer!

VON STADTRAT PETER KRÜGER



Wir haben einen Antrag in den Stadtrat eingebracht, der die Voraussetzungen dafür schaffen soll, dass künftig auf Abrisskosten gegenüber Garagenbesitzern verzichtet wird.

Unsere Forderung ist ganz konkret: den betroffenen Garagenbesitzern die Abrisskostenbeteiligungen erlassen und bereits geleistete Zahlungen zurückerstatten.

Der Petitionsausschuss hatte bereits im Mai 2017 beschlossen, dass ein Verkauf von Grundstücken nur an solche Käufer erfolgen soll, die sich vertraglich verpflichten, auf die anteilige Geltendmachung von

Abrisskosten gegenüber den Garagenbesitzern zu verzichten. Damit wurde durch ein Gremium des Stadtrats klar zum Ausdruck gebracht, dass die Garagenbesitzer neben dem Verlust ihrer Garage nicht auch noch auf den Kosten für deren Abriss sitzen bleiben sollen.

Bedauerlicherweise sehen sich weder die Stadtverwaltung noch die WID GmbH an diesen Beschluss gebunden!

Den Garagenbesitzern an der Schauußstraße worden bisher die Abrisskostenbeteiligung in voller Höhe in Rechnung gestellt. Das finde ich inakzeptabel. Denn es steht zu befürchten, dass auch künftig durch das zweifelhafte Agieren der Stadt bzw. ihrer Gesellschaft weiteren Garagenbesitzer neben ihrem materiellen Verlust auch noch zusätzlich Kosten aufgebürdet werden.

Wir fordern den Oberbürgermeister auf, schnellstmöglich eine Vorlage in den Stadtrat zu bringen, die dem Willen des Petitionsausschusses entspricht und die Garagenbesitzer in Zukunft nicht mehr an den Kosten beteiligt werden!

Ebenso erwarten wir einen Beschlussvorschlag, wie den Bürgerinnen und Bürgern bereits entstandene Kosten zurückerstattet werden können. Wir wollen ein faires Miteinander zwischen Bürgern und städtischen Gesellschaften fördern. **Nur so können wir das Vertrauen in die kommunalen Institutionen stärken!**

 Peter Krüger, stellv. Fraktionsvorsitzender
krueger@dresden-cdu.de

Mehr Bürgerbeteiligung schafft Transparenz

Gunter Thiele begrüßt öffentliche Sitzung der Gestaltungskommission

VON STADTRAT GUNTER THIELE



Die Gestaltungskommission versteht sich als beratendes Gremium, das städtebauliche Vorhaben fachlich begleitet und nach fundierten gestalterischen Lösungen für Dresden sucht – soweit der Selbstanspruch. Ich bin – das ist kein Geheimnis – aus guten Gründen nicht der größte Freund dieses Gremiums und insbesondere seiner Arbeitsweise: Oft genug wurden hinter verschlossenen Türen Bauherren bevormundet sowie bereits weit vorangeschrittene Planungen in Frage gestellt oder gar ganz über den Haufen geworfen wurden.

Fragwürdige Bauauflagen – nach gestalterischem Gutdünken der Jurymitglieder – haben das selbstgesteckte Ziel der Kommission, städtebauliche Leitlinien für Dresden zu definieren sowie einen offenen und fachlich fundierten Austausch zwischen Bauherren, Planern, Fachleuten, Verwaltung und Politik zu ermöglichen, oft genug konterkariert. Ich habe wiederholt erleben müssen, dass die dort formulierten Empfehlungen zum Maßstab der städtischen Genehmigungsbehörde wurden und den Bauherren zwangen, sich der Auffassung einer kleinen Schar ‚Berufener‘ unterzuordnen.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit an den Sitzungen der Kommission begrüßen wir daher außerordentlich. Ich habe

lange für eine angemessene Beteiligung der Öffentlichkeit gekämpft und verbinde damit die Erwartung, dass im Angesicht der Bürgerinnen und Bürger der Willkür der Gestaltungskommission und damit der Investorenfeindlichkeit rot-rot-grüner Baupolitik Grenzen gesetzt werden sowie Verantwortlichkeiten klar erkennbar sind. Mehr Bürgerbeteiligung wird, so hoffe ich, hinsichtlich der Arbeitsweise des Gremiums zu mehr Transparenz führen und die Diskussionskultur in der Gestaltungskommission zum Besseren verändern. Ich freue mich auf eine rege Teilnahme der Öffentlichkeit.

 Gunter Thiele,
Bau- und verkehrspolitischer Sprecher
thiele@dresden-cdu.de